

Der Nahe Osten – das globale Krisenlabor

Andrea Böhm

Die Krisen der „anderen“ als etwas Irrationales und damit unendlich Fernes darzustellen, ist ein beliebter Fehler - vor allem, wenn es um die arabische Welt geht. Maghreb und Maschrek sind jedoch weniger ein historischer, religiöser und kultureller Sonderfall als ein Schauplatz jener vier großen Krisen, die sich derzeit global ausbreiten.

Die Krise des Nationalstaates

Das Konzept des Staates als dominierender politischer Akteur hält der Realität schon länger nicht mehr stand. In Europa ist das 2007/2008 spätestens mit der Finanzkrise klar geworden. Und dass der Begriff des „fragile state“ nicht nur auf Länder in Afrika oder der arabischen Welt anzuwenden ist, wissen Europäer¹ spätestens seit der Krise um Griechenland.

Die Staatskrisen im Nahen Osten begannen vor knapp 20 Jahren, als autoritäre Regime mit neo-liberalen Wirtschaftsreformen die „Gesellschaftsverträge“ mit ihren Bevölkerungen aufweichten. Subventionen wurden gestrichen, staatliche Unternehmen privatisiert, der Markt dereguliert, was in einem autoritären System zwangsläufig zum Ausverkauf an die herrschende Elite führt.

Natürlich standen diese Gesellschaftsverträge von Beginn an auf vergiftetem Grund: Der Staat bot Arbeitsplätze in einer aufgeblähten Verwaltung, subventionierte Konsumgüter zur wirtschaftlichen Grundversorgung sowie (meist anti-israelische) Verschwörungstheorien zur politischen

Befriedung. Dafür forderte er seinen Bürgern den Verzicht auf Menschenrechte ab.

Die „Arabellionen“ zeigten auf dramatische Weise, dass der Vertrag nun auch von Seiten der Gesellschaften aufgekündigt worden ist. Grassierende Korruption, Arbeitslosigkeit, Repression, Preissteigerungen und die Forderung einer jungen Generation nach sozialer und politischer Würde und Beteiligung haben ihn zu Makulatur gemacht. Daran ändert auch die brutale Niederschlagung der Proteste in Ägypten und Syrien nichts.

Die Krise des Kapitalismus

Die zweite große Krise ist eng mit der ersten verwoben: die Krise des Kapitalismus und der Arbeit. Auch wenn die Geburtenraten in vielen Ländern langsam zurückgehen, ist und bleibt es das zentrale Problem der Länder des Maghreb und Maschrek: Rund die Hälfte der Bewohner der Region ist unter 30. Nach Angaben der Weltbank liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Ägypten bei 34, in Tunesien bei 35, in Jordanien bei fast 40 Prozent.

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

Aufgeblähte Staatsapparate als Jobmaschinen sind nicht mehr finanzierbar. Die verarbeitende Industrie ist auf dem Weltmarkt allenfalls punktuell konkurrenzfähig. Gleiches gilt – mit Ausnahme der Golfstaaten – für den Dienstleistungs- und Transportsektor. Bei Gegenwarts- und Zukunftsbranchen wie der Informationstechnologie spielt die Region kaum eine Rolle.

Die Autoren der jüngst erschienenen Studie „Pathways for Peace“, herausgegeben von UN und Weltbank, betonen ausdrücklich, dass die Bekämpfung sozialer Ungleichheit integraler Bestandteil jeder Konfliktprävention sein muss. Aber auch diese Studie gibt keine Antwort auf die Frage, wie in einem globalisierten und zunehmend automatisierten Arbeitsmarkt Jobs für Millionen junger Menschen im Maghreb und im Maschrek geschaffen werden sollen.

Der Wandel der Geschlechterrollen

Hier kommt die dritte Krise ins Spiel, die eher als soziale Dynamik zu bezeichnen ist. Sie wird durch die beiden erstgenannten beschleunigt und beschleunigt sie wiederum: der Wandel der Geschlechterrollen. Dieser Wandel ist in der Region seit Jahrzehnten und mit aller Wucht und allen Ambivalenzen im Gang – auch wenn die oft bizarren westlichen Debatten um „Kopftuchmädchen“ und Niqab-Verbote das in keiner Weise widerspiegeln. Sowohl im Iran als auch in Saudi-Arabien ist die Mehrzahl der Studierenden inzwischen weiblich, in Tunesien stellen Frauen fast zwei Drittel der Inhaber höherer Bildungsabschlüsse, Marokko bildet Murshidas – weibliche Geistliche – aus, der Anteil von Polizistinnen und Soldatinnen in Algerien wächst, die Vereinigten Arabischen Emirate unterhalten seit fast 30 Jahren eine Militärakademie für Frauen.

Dieser Umbruch schafft enorme Chancen und gleichzeitig enormes Konfliktpotenzial in Gesellschaften, in denen die immer noch extrem konservativen Vorstellungen von Männlichkeit nicht mehr aufrecht zu erhalten sind und deswegen oft umso gewaltsamer rekonstruiert werden.

Die Klima-Krise

Einige der verheerendsten Prognosen der Erderwärmung betreffen Nord- und Subsahara-Afrika sowie den Nahen Osten. Nach Berechnungen des Max-Planck-Instituts für Chemie werden die Sommertemperaturen in Afrika und dem Nahen Osten bei gleichbleibenden CO²-Emissionen doppelt so schnell steigen wie im globalen Durchschnitt. In ohnehin schon wasserarmen Gebieten wie dem marokkanischen Hochland droht die Regenmenge um 40 Prozent zu sinken.

Wasserknappheit wird in den Anrainerstaaten großer Flüsse zunehmend zum Konfliktgrund. Das ist jetzt schon zu beobachten am Streit zwischen Ägypten und Äthiopien um einen äthiopischen Staudamm am Nil. Staudamm-Projekte in der Türkei an Euphrat und Tigris gefährden die Wasserversorgung von Irak, die durch Klimaerwärmung und Misswirtschaft weiter bedroht wird.

Noch dramatischer sind die Aussichten für die Region am Persischen Golf: Nach einer Studie des Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Loyola Marymount University wird bei gleichbleibenden Emissionen in rund 80 Jahren der Aufenthalt im Freien in den Küstenregionen aufgrund von Hitze und Luftfeuchtigkeit akut lebensgefährlich. Soll heißen: Großstädte wie Doha, Dubai, Abu Dhabi, Basra und Bandar Abbas drohen, unbewohnbar zu werden.

Mehr Analyse, mehr Prävention

Natürlich gibt es gewichtige, spezifische Konfliktfaktoren im Nahen Osten: ein religiöser Fundamentalismus, der übrigens keineswegs nur dem Islam zu eigen ist; das Schisma zwischen Sunniten und Schiiten; die Spannungen zwischen Christen, Muslimen, Juden; der tief verwurzelte Antisemitismus; die immer noch zutiefst patriarchalen Strukturen.

Doch diese ideologischen Konflikte „gedeihen“ auf dem Boden der eben genannten Krisen. Nicht selten räumen verantwortliche Akteure das offen ein.



Man sei doch froh um den Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS), erklärte 2015 im persönlichen Gespräch ein Politiker im südirakischen, überwiegend von Schiiten bewohnten Basra. „Die jungen Männer, die jetzt mit den Hashed al-Shaabi (Einheiten der Volksmobilisierung gegen den IS) im Norden kämpfen, finden hier eh keinen Job und würden nur Unruhe stiften“.

Inzwischen gilt der Krieg gegen den IS als „gewonnen“. In Basra gingen im Sommer 2018 Tausende auf die Barrikaden. Unter ihnen auch ehemalige schiitische Milizionäre, die nach der Zerschlagung des „Kalifats“ in eine Stadt zurückgekehrt sind, die weiterhin von Korruption, Staatsversagen, Armut und Arbeitslosigkeit geprägt ist – und von Stromausfällen bei Temperaturen von inzwischen bis zu 50 Grad.

Ökonomische, ökologische und soziale Krisen sind in der Geschichte immer wieder gleichzeitig aufgetreten. In unseren Zeiten haben sie aufgrund der wachsenden wechselseitigen Abhängigkeiten von Menschen, Staaten und Gesellschaften eine ungekannte globale Wucht entwickelt. Politiker, die meist immer noch im nationalen Rahmen handeln, sind verständlicherweise überfordert – ebenso Wissenschaftler und Journalisten, die analysieren und erklären sollen. Trotzdem ist es erstaunlich, wie reflexartig die Komplexität der Krisen immer wieder in einfache Narrative gepresst wird.

Der Syrien-Krieg ist ein gutes Beispiel. Da ist zunächst die politisch-mediale Simplifizierung: Weil Journalisten und Publikum der Dauer und Vielschichtigkeit dieses Konflikts müde geworden sind, geraten die Anliegen der Protestbewegung in Vergessenheit, wird das Scheitern des Aufstands der „Demokratieunfähigkeit“ der Regime-Gegner im Besonderen oder der Araber im Allgemeinen zugeschrieben, nicht aber der radikalen Gewaltbereitschaft der Assad-Diktatur.

Davon abgesehen nahm die syrische Katastrophe nicht erst 2011 ihren Lauf, als das Regime auf friedliche Demonstranten schießen ließ.

Als Bashar al-Assad im Jahr 2000 an die Macht kam, hofften viele Syrer auf liberale Reformen. Assad „liberalisierte“ in der Tat – aber nicht die politische Sphäre, sondern die Ökonomie. Subventionen wurden gekürzt oder gestrichen, staatliche Unternehmen privatisiert – soll heißen: an Angehörige der Regime-Elite verkauft. Wenig später setzte im agrarischen Osten des Landes eine Serie von Dürren ein, hervorgerufen durch Misswirtschaft des Grundwassers und Klimawandel. Ernten brachen ein, Preise stiegen. Es kam immer wieder zu lokalen „Brotaufständen“. Hunderttausende von Syrern verließen die ländlichen Regionen und zogen in die Armutsgürtel der Großstädte. Die wurden Anfang 2011 zu Hochburgen der Proteste.

Knapp fünf Jahre später, im Herbst 2015, erreichte diese Kollusion der Krisen Europa in Gestalt der Flüchtlinge. Aus dem Nahen Osten ist seither der „verdammte nahe Osten“ geworden, aus Nordafrika endgültig die de facto Außengrenze der EU. Deren Innenpolitik und die ihrer Mitgliedsländer sind immer enger an Krisen auf der anderen Seite des Mittelmeers gekettet. Gründliche Analyse und ein neuer Fokus auf Konfliktprävention wären das Gebot der Stunde. Doch europäische Politiker betreiben Nahost- und Afrika-Politik fast ausschließlich als Bekämpfung von Migration und Islamismus und beschneiden damit drastisch den eigenen Handlungsspielraum.

Do no harm!

Natürlich ist ein anderer Umgang mit diesen Krisen dringend nötig und auch möglich. Allerdings erfordert das einen Paradigmenwechsel. „Do no harm“ ist ein Grundprinzip der humanitären Hilfe, der Entwicklungspolitik und neuerer Konzepte wie der „Responsibility to Protect“. Wie notorisch dieses Prinzip bei militärischen Interventionen missachtet wird, zeigt ein Blick auf Irak, Afghanistan oder Libyen. „Do no harm“ geht aber über die direkte Intervention weit hinaus, es muss zum Fundament eines anderen, realistischeren westlichen Selbstverständnisses werden. Es ist eine der großen Lebenslügen westlicher, reicher Staaten, dass ökonomische, politische

oder militärische Interventionen die wichtigsten und effektivsten Instrumente zur Bekämpfung dieser Krisen sind.

In Wahrheit besteht unsere größte Wirkungsmacht in unserer Bereitschaft, den Schaden zu mindern, den unser „way of life“ anrichtet. Der ist nicht nur die größte, permanente westliche Intervention weltweit. Er wird auch immer mehr zum Krisenbeschleuniger.

All das berührt die Grundpfeiler unseres politischen Denkens und Handelns. Aber man muss nicht warten, bis diese neu errichtet worden sind, um politische Kurskorrekturen vorzunehmen.

Wollen die EU und Deutschland zum Beispiel bessere Regierungsführung fördern, also der Krise des Staates entgegenwirken, können sie nicht, wie zuletzt auf dem EU-Gipfel in Salzburg, Ägypten als strategischen Partner bei der Migrationsabwehr hofieren. Sie stärken damit ein Regime, dessen Klientelismus, Repression und Korruption das Land aushöhlt, und das durch militärische Einmischung im Nachbarland Libyen die dortige Migrationskrise verschärft.

Eine „Do-no-harm“-Politik sieht anders aus. Der EU-Experte Gerald Knaus und die SPD-Politikerin Gesine Schwan haben sie unlängst skizziert: Aufrechterhaltung der Seenotrettung im Mittelmeer, Einrichtung gut ausgestatteter Aufnahmezentren in den südeuropäischen Erstaufnahmeländern, schnelle und rechtsstaatliche Asylverfahren, die Verteilung anerkannter Flüchtlinge auf aufnahmewillige EU-Länder, Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern von Wirtschaftsmigranten als Gegenleistung für Abkommen zu legaler Arbeitsmigration. Der letzte Punkt ist besonders wichtig, weil er die globale Krise der Arbeit berührt. Rücküberweisungen von Migranten tragen weit mehr zur wirtschaftlichen Stabilisierung ihrer Heimatländer bei als jede Entwicklungshilfe.

Nirgendwo wird die Missachtung des „Do-no-harm“-Grundsatzes so offensichtlich wie beim Klimawandel. Neben China sind die USA und die

EU-Länder nach wie vor die größten Klimasünder weltweit. Wollen Deutschland und die EU die horrenden Prognosen für Nordafrika und den Nahen Osten abwenden helfen, müssen sie zuallererst ihre eigenen Klimaschutzziele einhalten, wovon sie bekanntlich weit entfernt sind. Erst dann würden sie auch die Glaubwürdigkeit gewinnen für neue Initiativen in der Region. Umweltkrisen wie Erderwärmung, Unwetter oder Wasserknappheit können Konflikte provozieren und bestehende verschärfen. Sie bieten aber auch die Chance zur Deeskalation, wenn ideologische/religiöse Gegner eine Umweltkrise als gemeinsame Bedrohung wahrnehmen. Hier könnten sich für die EU wie für Deutschland neue Felder der Mediation bieten – ein Bereich, den die Bundesregierung gemäß ihren neuen außenpolitischen Leitlinien vom Juni 2017 ohnehin aufwerten will.

Diese Politik des „Do-no-harm“ muss der eigenen Öffentlichkeit kommuniziert werden. Dass verantwortungsvolle Außenpolitik immer enger mit der Selbstbeschränkung westlicher Gesellschaften, also auch ihrer Konsumenten und Wähler einhergehen muss, wagt bislang keine politische Partei auszusprechen. Stattdessen dominiert der Überlebensreflex, wonach nur wählbar bleibt, wer auf einen Rechtspopulismus Rücksicht nimmt, der globale Dynamiken durch Abschottung wegzaubern möchte. Eigentlich müsste längst klar sein, dass das nicht funktioniert und dass man mit dieser Strategie einen gar nicht so kleinen Teil der eigenen Gesellschaft unterschätzt, der sich dieser Zusammenhänge sehr wohl bewusst ist. Und der gern noch vor dem nächsten Flüchtlingstreck ein paar Antworten hätte, auf die Frage, wie es denn weitergehen soll, wenn es so nicht weitergehen kann.

Andrea Böhm ist Auslandskorrespondentin Büro Mittelost, DIE ZEIT.

